

Linke fordern Ausbau von Hilfsangeboten für Drogenabhängige

„Leben retten!“ – unter diesem Motto stand in diesem Jahr der Gedenktag für verstorbene Drogenabhängige am 21. Juli. Auch Einrichtungen im Kreis Unna (beispielsweise LÜSA – <http://www.luesa.de/>) beteiligten sich an entsprechenden Aktionen zum Gedenken an die Verstorbenen, aber auch zur Mahnung an Politik und Gesellschaft.

Die Partei **Die Linke** fordert aus diesem Anlass die Umsetzung und den Ausbau erfolgreicher Hilfsangebote, die drogenbedingte Todesfälle vermeiden. „Die Erfahrungen aus der Praxis und wissenschaftliche Studien zeigen, dass Drogenkonsumräume, die Substitutionsbehandlung und das Notfallmedikament Naloxon Leben retten“, sagen Andreas Rau, Vorstandssprecher der *Linken* Kamen/ Bergkamen, und Gunther Heuchel, Mitglied der Fraktion Die Linke im Kamener Stadtrat. „Man muss diese Maßnahmen aber auch anbieten. Wir könnten die Zahl der Drogentoten in Deutschland erheblich senken.“

Keine Einrichtung in Kamen

Laut Drogen- und Suchtbericht der Bundesregierung gab es 2013 in Deutschland 1.002 Drogentote, 6 Prozent mehr als 2012. Im Kreis Unna sind diese Zahlen von Jahr zu Jahr immer wieder schwankend, aber nicht weniger besorgniserregend. „Diese Zahl verweist auf große Defizite“, sagt Andreas Rau. „Drogenkonsumräume zum Beispiel retten Leben, verhindern HIV-Infektionen und weitere Gesundheitsschäden. Trotzdem gibt es solche Einrichtungen beispielsweise in Kamen und im restlichen Kreis nicht. Menschen in Haft erhalten selten saubere Spritzen und haben oft nicht einmal Zugang zur Substitution, der

Standardbehandlung bei Heroinabhängigkeit.“

Entkriminalisierung von Drogen

Auch für die Entkriminalisierung von Drogen setzen sich die Linken ein. Entkriminalisierung dürfe aber nicht heißen, so die Partei, dass harte Drogen im Supermarkt zu bekommen seien, sondern dass Betäubungsmittel in Apotheken oder anderen Einrichtungen, die zugleich fachliche Beratung und Hilfe anbieten können, abgegeben würden.

„Über strenge Verbraucherschutzregeln wären Konsumenten vor Verunreinigungen und vor Erkrankungen, die aus unhygienischen Konsumbedingungen resultieren, besser geschützt. Auch das Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinbevölkerung steht dabei im Fokus. Durch solche Maßnahmen werden beispielsweise Kinder vor herumliegenden Spritzen auf Spielplätzen genauso geschützt, wie Jugendliche vor dem Schwarzmarkt gewissenloser Dealer. Und damit letztlich vor einer möglicherweise kriminellen Karriere“, erklärt die Partei.